

Gemeindliche Stellungnahme

**Zu TOP 8. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Gemeindevertretersitzung am 14.05.2019
Hier: Entsorgung von Grünschnitt
Antrag A-012/2019**

Zu Absatz 2 der Beschlussbegründung - Aufstellung von Müllcontainern:

Gerade in der Gemeinde Wustermark gibt es – sehr zentral gelegen und gut erreichbar für alle Einwohner – eine Möglichkeit Rasen- und Heckengrünschnitt gegen ein relativ geringes Entgelt abzugeben. Darüber hinaus ist nicht die Gemeinde Wustermark für diese kompostierbaren Abfälle in den Wohngebieten verantwortlich, sondern der Mieter und der Vermieter. Wenn tatsächlich erforderlich und vor Ort gewünscht, muss eine Containerstellung durch diese Akteure auf den privaten Grundstücken der jeweiligen Wohngebiete organisiert werden. Sollte sich die Gemeinde in der geforderten Form engagieren, würde sie gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen und Kosten und Personal für eine private Angelegenheit aufwenden. Darüber hinaus würden die Container ohne Betreuung und auf nicht abgeschlossenen Grundstücken in kürzester Zeit mit allem möglichen Müll voll sein. Diese Erfahrung resultiert aus vielen Jahren Unterstützung Herbst- und Frühjahrsputz; wenn die hierfür angefahrenen Container auch nur eine Nacht stehen bleiben, sind sie am nächsten Tag mit Müll voll (alte Reifen, Sperrmüll, Hausmüll, Essenreste usw.).

Zur Erinnerung: Vor ein paar Jahren hatte die Gemeinde Wustermark schon einmal versucht, in dieser Richtung etwas zu unternehmen und hatte auf einem kommunalen abschließbaren Grundstück in zentraler Lage entsprechend einer Vereinbarung mit der HAW zusätzliche betreute Container mit weitreichenden Öffnungszeiten angeboten. Die Resonanz war äußerst gering, obwohl mit Pressemitteilung, Aushängen und Handzetteln vorher bekannt gemacht wurde.

Zu Absatz 3 der Beschlussbegründung - angebliche Grünschnittabholung bei Eigentumswohnungen / Einfamilienhäusern durch den Bauhof:

Diese Aussage ist falsch, zeigt aber, dass selbst bei Gemeindevertretern falsche Vorstellungen existieren, was u.a. die steigende Zahl von Säcken, die der Bauhof jedes Jahr abholen muss, ein Stück weit erklären könnte. Richtig ist, dass die Gemeinde die Bürger bei der Entsorgung von Laub unterstützt, die Straßenbäume vor ihrem Grundstück zu stehen haben. Dazu werden an diese Bürger (und nach Prüfung im Luftbild nur an diese Bürger) kostenfrei Säcke ausgegeben (seit 2 Jahren kompostierbare Papiersäcke), die der Bauhof dann abfährt und kostenpflichtig entsorgt. Dabei spielt die Wohnform keine Rolle. Um den auch hier auftretenden Missbrauch für private Abfälle einzudämmen, sind die Säcke abgestempelt und müssen vom Bürger mit seinem Namen versehen werden. Es können jedoch nur Stichprobenkontrollen vorgenommen werden, ob sich in den Säcken noch weitere Abfälle außer Laub befinden, so dass sicherlich von einer „Dunkelziffer“ ausgegangen werden muss.

Zu Absatz 4 der Beschlussbegründung - Ökosystem aus dem Gleichgewicht / angebliche Grundwassergefährdung:

Diese Aussagen sind stark übertrieben und teilweise falsch. Die Verwaltung schätzt ein, dass der größte Teil der Bürger seine kompostierbaren Abfälle ordnungsgemäß entsorgt. Die Mengen, die tatsächlich illegal „in die Gegend“ geworfen werden, führen jedenfalls nicht zu den befürchteten Auswirkungen, sondern sind eher ein optisches Ärgernis. Sicherlich verschiebt sich das jeweilige, örtlich sehr begrenzte System in Richtung eines mehr nitratbeeinflussten Standortes mit entsprechendem Wechsel im Bewuchs. Dieser Prozess läuft aber aufgrund der Zersetzung des

Materials sehr langsam ab, so dass auch die Nitratfreisetzung langsam erfolgt. Und bei einem normalen unversiegelten Standort mit belebter Oberbodenzone reichen die Pufferkapazitäten des Bodens aus, um diesen Einfluss zu kompensieren und eine Gefährdung des Grundwassers, das gerade im OT Elstal auch noch einen großen Flurabstand und diverse Deckschichten aufweist, auszuschließen.

Zu Absatz 4 der Beschlussbegründung - angeblicher Biotopverlust

Auch wenn sich auf dem Standort bei längerer Beeinflussung die Art des Bewuchses ggf. ändert, bleibt der Standort ein Biotop und geht nicht verloren. Er bietet dann ggf. aber anderen Arten einen Lebensraum (z.B. Winterquartier für Igel). Wertvolle, geschützte Pflanzenbestände finden sich an den betroffenen, meist sowieso schon stark anthropogen beeinflussten Standorten regelmäßig nicht.

Fazit:

Aus Sicht der Verwaltung sollte der Antrag zurückgezogen werden. Die illegalen Ablagerungen von Grünschnitt sind in jedem Fall ein optisches Ärgernis, aber die befürchteten Umweltgefahren gehen davon nicht aus. Es bleibt nur der mühevollen und oft nicht erfolgreiche Weg der Anzeige und Ahndung dieser Vergehen. Jeder Gemeindevertreter und Bürger ist aufgerufen, den Außendienst durch entsprechende Hinweise und Anzeigen dabei zu unterstützen.

Weitere Hinweise und Informationen der Verwaltung zum Thema „Unrat/illegaler Abfall“:

Stärker als die illegale Ablagerung von Grünabfällen fordern oft illegale Müllablagerungen Zeit und Ressourcen der Verwaltung und des Baubetriebshofes. Folgende Beispiele dazu:

- In unregelmäßigen Abständen finden sich ganze Hänger- oder Transporterladungen von Haus-, Gewerbe- oder Sperrmüll in etwas abgelegenen, aber gut mit dem Fahrzeug erreichbaren Ecken in allen Ortsteilen. „Beliebt“ sind z.B. neben der Ortsverbindungsstraße Elstal-Priort, am Funkmast kurz vor der Bahnschranke in Richtung Kartzow, diverse Stellen im GVZ, Weg zwischen GVZ und Dyrotz-Luch, Straße zwischen Wernitz und Niederhof, Weg zum Schöpfwerk Hoppenrade, Wege entlang des Kanals, usw.; jüngstes Bsp.: Elstal, in der Kurve der Bahnhofstraße. Der Bauhof unterstützt den Landkreis, der hier im Außenbereich in den meisten Fällen zuständig ist, nach Möglichkeit bei der schnellen Entfernung. Oft können die Stellen aber aufgrund der Mengen einfach nur weitergemeldet werden und die HAW kommt dann im Auftrag des Landkreises zur Entsorgung mit größeren Fahrzeugen.
- Der Hausmüll-Tourismus“ in seinen vielen Formen. Das reicht von den regelmäßig aus dem Auto geworfenen Plastetüten und -säcken am Straßenrand, über das „fallen lassen“ kleiner Mülltüten beim Spaziergang bis zur regelmäßigen zweckentfremdeten Nutzung der inzwischen ja zahlreichen öffentlichen Papierkörbe und Hundetoiletten. Der Baubetriebshof muss inzwischen mit 1-2 Personen wöchentlich 2-3 Tage für die komplette Müllrunde aufwenden. Eine ergänzende Anmerkung in diesem Zusammenhang: Der „Verbrauch“ von Hundekotbeuteln steht nicht im Verhältnis zu den kotgefüllten Beuteln in den Abfallbehältern. Die Tüten werden schlicht in Massen geklaut.
- Das Dauerthema Vandalismus und Graffiti soll nicht weiter vertieft, muss hier aber natürlich aufgeführt werden. Abgesehen vom zeitlichen Aufwand beim Außendienst (Schadensfeststellung und -dokumentation), in der sonstigen Verwaltung (Anzeigen, ggf. Verursacherermittlung, Reparaturbeauftragungen, Neubeschaffungen) und beim Baubetriebshof (Schadensbeseitigung, Reparaturen, Demontagen / Montagen) kosten diese Schäden viele Tausend € jedes Jahr.

Man sollte das Thema aber trotz dieser immer wieder nervenden Tatsachen richtig einordnen: Die hier noch mal aufgezeigten Verhaltensweisen von Wenigen gibt es seit Jahren. Auch den anderen Kommunen des Landkreises geht es so, aber **die Verwaltung hat diesen Komplex aktuell ganz gut im Griff.**

Und auch wenn die Verursacher überwiegend nicht zu ermitteln sind und ein gerichtsfester Nachweis selbst bei einem konkreten Hinweis oder Verdacht sehr schwierig ist bleibt auch hier nur der mühevoll Weg der Anzeige und nach Möglichkeit Ahndung dieser Vergehen. Jeder Gemeindevertreter und Bürger ist deshalb aufgerufen, den Außendienst durch entsprechende Hinweise und Anzeigen (inkl. der Bereitschaft als Zeuge zur Verfügung zu stehen) dabei zu unterstützen. Entscheidend ist dabei oft die zeitliche Nähe, damit Beräumungen, Sicherungen usw. schnell erfolgen können. Denn wo etwas kaputt ist oder Müll liegt, ist die Hemmschwelle für weitere Vergehen in dieser Richtung kleiner.

Auch die Gemeindevertreter und Beiratsmitglieder werden gebeten solche Hinweise per Telefon oder E-Mail schnell und direkt an die Verwaltung zu senden und nicht für die nächste Sitzung „aufzusparen“, denn hier kommen diese Punkte eigentlich zu spät auf den Tisch und kosten Protokollaufwand sowie wertvolle Sitzungszeit.

Die Verwaltung bittet den politischen Raum außerdem darum, bei Forderungen nach immer mehr Abfallbehältern oder Hundetoiletten usw. Augenmaß zu halten und auch den Aufwand für die regelmäßige dauerhafte Leerung und Unterhaltung dieses Mobiliars zu berücksichtigen.

